



Beschlusskammer 8

Beschluss

Aktenzeichen: BK8-17/0009-A

In dem Verwaltungsverfahren

wegen der Feststellung einer wirksamen Verfahrensregulierung, Festlegung eines verbindlichen Systems für die Beschaffung von Leistungen nach § 13 Abs. 6a EnWG

hat die Beschlusskammer 8 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn,

durch den Vorsitzenden	Karsten Bourwieg,
den Beisitzer	Wolfgang Wetzl
und den Beisitzer	Bernd Petermann

gegenüber den Übertragungsnetzbetreibern

1. 50 Hertz GmbH, Eichenstraße 3A, 12435 Berlin, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung
2. Amprion GmbH, Rheinlanddamm 24, 44139 Dortmund, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung
3. TenneT TSO GmbH, Bernecker Straße 70, 95448 Bayreuth, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung

am 12.01.2018 beschlossen:

1. Das Verfahren zur Beschaffung der Leistungen nach § 13 Abs. 6a EnWG für Übertragungsnetzbetreiber unterliegt entsprechend den in der **Anlage** zu diesem Beschluss beigefügten freiwilligen Selbstverpflichtungen einer wirksamen Verfahrensregulierung.
2. Die nach Maßgabe dieser freiwilligen Selbstverpflichtungen zur Beschaffung ermittelten Kosten für Maßnahmen nach § 13 Abs. 6a EnWG gelten als dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile i.S.d. § 11 Abs. 2 S. 2 und 4 ARegV.
3. Die Anordnung zu Tenor Ziffer 1. ist bis zum 31.12.2023 befristet.
4. Die Anordnung zu Tenor Ziffer 2. ist bis zum 31.12.2028 befristet.

Gründe

I. Sachverhalt

Die vorliegende Festlegung trifft Feststellungen zu einer wirksamen Verfahrensregulierung und legt ein verbindliches System für die Beschaffung von Leistungen nach § 13 Abs. 6a EnWG zusammenfassend fest.

Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) nehmen in der deutschen Elektrizitätswirtschaft eine systemrelevante Position ein. Nach § 12 EnWG haben sie die Energieübertragung durch das Netz unter Berücksichtigung des Austauschs mit anderen Verbundnetzen zu regeln und mit der Bereitstellung und dem Betrieb ihrer Übertragungsnetze im nationalen und internationalen Verbund zu einem sicheren und zuverlässigen Elektrizitätsversorgungssystem in ihrer Regelzone und – insbesondere durch entsprechende Vorhaltung von Übertragungskapazität und der Gewährleistung der Zuverlässigkeit des Netzes – zur nationalen Versorgungssicherheit beizutragen. Sie sind darüber hinaus nach § 13 EnWG berechtigt und verpflichtet, jegliche Gefährdung oder Störung durch netz- oder marktbezogene Maßnahmen zu beseitigen. Unter anderem kann der Übertragungsnetzbetreiber Maßnahmen nach § 13 Abs. 6a EnWG ergreifen.

Hierdurch wird deutlich, dass zum Betrieb von Übertragungsnetzen nicht nur die Bereitstellung von Netzinfrastruktur, sondern auch der systemführungsbedingte operative Umgang mit dem Einsatz elektrischer Energie gehört. Dies findet auch materiell in den Kostenpositionen eines Übertragungsnetzbetreibers seinen Niederschlag.

Auf der Grundlage der von den Übertragungsnetzbetreibern vorgelegten freiwilligen Selbstverpflichtungen (FSV) zu § 13 Abs. 6a EnWG hat die Beschlusskammer am 28.02.2017 das vorliegende Verfahren eröffnet. Mit Veröffentlichung im Internet und im Amtsblatt der Bundesnetzagentur (BNetzA) vom 23.08.2017 hat die Beschlusskammer den Netzbetreibern und den Marktteilnehmern gemäß § 67 Abs. 1 EnWG die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Von der Möglichkeit zur Stellungnahme haben folgende Unternehmen, Behörden, Institutionen und Verbände Gebrauch gemacht:

- AGFW e. V.
- Avacon Netz GmbH
- Bayernwerk Netz GmbH
- DWR eco GmbH
- E.ON Energy Projects GmbH
- Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz
- RWE Generation SE
- 35 weitere Verteilnetzbetreiber (VNB)

Zusammengefasst enthalten die Stellungnahmen folgende Aspekte:

1. Ordnungsrahmen

In mehreren Stellungnahmen wird die gesetzliche Ausgestaltung des Instrumentes „Nutzen statt Abregeln“ kritisch bewertet. Es wird vorgetragen, dass nur die ÜNB mit der Umsetzung der Maßnahme betraut seien. Zudem wird gerügt, dass das Instrument auf KWK-Anlagen mit Wärmeerzeuger beschränkt sei und nur Anlagen berücksichtigt würden, die vor dem 01.01.2017 in Betrieb genommen wurden. Zudem gäbe es keine Vorgabe zur Emissionsintensität hinsichtlich der vertraglichen Vereinbarungen. Kritisch zu sehen sei überdies, dass ein Einsatz nur im Netzausbaubereich vorgesehen und kein Zeitpunkt festgehalten sei, zu dem 2 GW Zuschaltleistung erreicht sein müssten.

Zumindest sollten die ÜNB im Rahmen der Festlegung verpflichtet werden, bis spätestens Ende 2018 einen gemeinsamen Bericht über den Umfang der im Rahmen der Festlegung kontrahierten zuschaltbaren Lasten zu veröffentlichen, sowie einen Stichtag einzuführen, der innerhalb der ersten 6 Monate nach Abschluss des Beschlussverfahrens liegen solle.

Verschiedentlich wird auch vorgetragen, dass eine Berücksichtigung vorhandener, mit KWK-Anlagen verbundener elektrischer Wärmeerzeuger nicht im Widerspruch zum Gesetzestext stehe und notwendig sei, um die gemäß § 13 Abs. 6a EnWG geforderten 2 GW an zuschaltbaren Lasten überhaupt realisieren zu können. Der Gesetzgeber habe demgemäß die Anwendung von § 13 Abs. 6a EnWG auf KWK-Anlagen, die gemäß Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gefördert werden, nicht explizit ausgeschlossen. Der Einsatz von Strom zur Erzeugung von Wärme im Rahmen des § 13 Abs. 6a EnWG brauche klare Regelungen zur primären energetischen Bewertung, um Risiken für die KWK-Anlagenbetreiber zu beseitigen.

2. Vergütung und Kostenerstattung

In mehreren Stellungnahmen werden zur Vergütung und Kostenerstattung für die Anlagen- und Verteilnetzbetreiber Klarstellungen bzw. Regelungen gefordert:

- Die vollständige Refinanzierbarkeit der Verteilnetzausbaukosten;
- Die Kosten der ersatzweise zu beschaffenden elektrischen Energie für die elektrischen Wärmeerzeuger sollten auch die Netzkosten sowie alle anfallenden Umlagen beinhalten;
- Die Berücksichtigung von Nachteilen bei der Inanspruchnahme von Sondernetzentgelten;
- Die Erstattung entgangener Erlöse durch Netzentgelte für dezentrale Einspeisung gemäß § 18 StromNEV durch den ÜNB und
- Die Berücksichtigung auftretender Kosten durch aufgenommene Opportunitäten bei einer angemessenen Vergütung der Anlagengbetreiber.

Vorgetragen wird auch, dass der Ausgleich der Strommengen durch den ÜNB im Bilanzkreis einer gesonderten Abrechnung der entstehenden Zusatzaufwendungen grundsätzlich vorzuziehen sei, um den Abwicklungsaufwand beider Vertragspartner gering zu halten. Die Regelung der FSV hierzu in Abschnitt B. S. 4 stehe im Wider-

spruch zu der gesetzlichen Regelung in § 13 Abs. 6a S. 2 Nr. 2 EnWG, wonach die Kosten für die Lieferung der elektrischen Energie zu erstatten sind.

Zudem sei der von den ÜNB in der FSV dargestellte Umgang mit den Investitionskosten nicht sachgerecht, da Planabweichungen zu Lasten der Anlagenbetreiber gingen. Vorgeschlagen wird eine Istkostenabrechnung (mit gutachterlichem Nachweis) oder ersatzweise eine Abrechnung nach Kostenvoranschlag. Es bestünden ferner Rechtsunsicherheiten und wirtschaftliche Risiken in Bezug auf einen Vertragsabschluss, da die Vergütungsregelung nach § 13a EnWG derzeit nicht rechtssicher dargestellt bzw. durch die BNetzA erläutert sei.

3. Koordinierung der Maßnahme

Es wird vorgetragen, dass Vorgaben zur Koordinierung der Maßnahme mit dem nachgelagerten Anschluss- bzw. Verteilnetzbetreiber fehlten, was schlimmstenfalls zu einer Überlastung der Betriebsmittel und letztlich zu einer akuten Gefährdung der Versorgungssicherheit führen könne. Nach derzeitiger Regelung könnten auch die Maßgaben nach § 14 Abs. 1 S. 2 EEG nicht eingehalten werden. Insoweit wird die Regelung einer Koordinierungspflicht analog § 16 der Verordnung zu abschaltbaren Lasten (AbLaV) vorgeschlagen. Es wird verlangt, dass der Anschluss einer Anlage zur Wärmeerzeugung (Last) auf Basis des EnWG erfolgen müsse.

Es seien gleichzeitige Aufrufe von Einspeisemanagement-Maßnahmen (Anschlussnetzbetreiber) und Maßnahmen des ÜNB zur Regelung der KWK-Anlage zu erwarten. Es bestehe die Möglichkeit, dass die Umsetzung aller Aufrufe nicht ausschließlich über den Anschlussnetzbetreiber erfolge, daher bedürfe es wenigstens analog der Regelung im EEG zwischen Direktvermarkter/Netzbetreiber (§ 20 Abs. 4 EEG) einer Priorisierung der Maßnahmen zugunsten der Anschlussnetzbetreiber. Dies entspreche der in Konsultation befindlichen neuen Anwendungsregel „Schnittstelle Übertragungs-/Verteilnetzbetreiber“ (E VDE-AR-N 4141-1).

4. Art und Weise des Einsatzes der Anlagen

Es wird angeregt, dass geregelt werden solle, ob kontrahierte Power2Heat(P2H)-Anlagen parallel anderweitig vermarktet werden können (z. B. Regelenergie) und ob Maßnahmen gemäß § 13 Abs. 6a EnWG der Erbringung von negativer Regelenergie bei Netzentgelten i.S.d. § 19 Abs. 2 S. 1 StromNEV regulatorisch gleichgestellt sind.

Bezüglich der vertraglichen Vereinbarungen zur Reduzierung der Wirkleistungseinspeisung wird vorgetragen, es sollte auch eine Reduzierung der kompletten Erzeugungsleistung bei Kompensation des zusätzlichen Leistungs- und Strombezugs möglich sein. Eingewandt wird auch, dass KWK-Anlagen in der Regel nicht stufenlos regelbar seien. Insbesondere die einzuhaltenden emissionsschutzrechtlichen Vorgaben beim Betrieb der Anlagen in tiefer Teillast machten ein Absenken der Leistung unter 50% in der Regel unmöglich, was in einer möglichen Vertragsgestaltung berücksichtigt werden müsse.

Es wird vorgetragen, dass es für eine effiziente Ausgestaltung sinnvoll sei, wenn die Anlagenbetreiber neben der Gesamtanlage auch eine definierte „Leistungsscheibe“ zur Steuerung an den ÜNB übergeben könnten, z. B. Bereitstellung einer Leistungsabsenkung von 10 MW_{el}. Im Hinblick auf § 13 Abs. 6a S. 4 EnWG bleibe unklar, in welchen Fällen der ÜNB eine längere Vertragslaufzeit vorgeben kann, ob auch der Anlagenbetreiber eine längere Vertragslaufzeit fordern kann, und wie in diesen Fällen die Effizienz der Anlage zur Beseitigung des Netzengpasses bewertet werde.

Weitere offene Fragen seien:

- Ob der Betreiber einer P2H-Anlage eine 24/7-Bereitschaft oder eine komplett automatisiert steuerbare Anlage vorhalten müsse und wie ein Abruf durch den ÜNB erfolge; Ein direkter Zugriff des ÜNB auf die KWK-Anlage sei nicht möglich und sinnvoll, da zur Aufrechterhaltung der Strom- und Wärmeversorgung des Standortes umfangreiches Standortwissen erforderlich sei; Eine mögliche Lösung wäre - insbesondere bei größeren Anlagen - ein direktes Steuersignal vom ÜNB an die Anlage, deren leittechnische Umsetzung dann durch den Anlagenbetreiber aktiv in bestimmter Frist umgesetzt werden würde;
- Ob durch P2H-Verträge entsprechende Notmaßnahmen nach § 13 Abs. 2 EnWG für diese KWK-Anlagen nachrangig oder ausgeschlossen sind und wer bei Betrieb der P2H-Anlage den Strom an den KWK-Anlagenbetreiber liefere.

5. Berücksichtigung von Einsparungen bei der Kostenbetrachtung

Es wird die Ansicht vertreten, die Bestimmung der Kosten zur effizienten Engpassbeseitigung sei in den FSV nicht angemessen abgebildet. Wesentliche Einsparungen aus dem Einsatz zu fördernder Elektrokessel würden außer Acht gelassen. In der Folge könne der energiewirtschaftlich gewünschte Anreiz zum Neubau von Elektrokesseln nicht erzielt werden.

Die Einsparungen aus der vermiedenen Abregelung von EEG-Erzeugungsleistung bzw. der stattdessen zusätzlich erzeugte Strom sei ebenfalls bei der Bestimmung der resultierenden Einsparungen zu berücksichtigen, die über die Dauer von fünf Jahren die voraussichtlichen Investitionen decken sollen. Die von den ÜNB aufgeführte Formel (Effizienzanforderung) könne bspw. um das Element $+ K_{\text{wind}}$ (Wert der zusätzlichen Stromlieferungen aus den nicht mehr abzuregelnden EE-Anlagen [€]) ergänzt werden. Der Wert K_{wind} könne bspw. mit der EEG-Vergütung für Windenergieanlagen bestimmt werden, mindestens aber mit dem erwarteten Spotmarktpreis für Strom an der EEX. Die gewünschte Förderung von P2H-Anlagen würde ohne Berücksichtigung vermiedener EEG-Entschädigungszahlungen vermutlich weitestgehend ins Leere laufen, weil nur solche Anlagen Investitionskostenzuschüsse erhielten, die in einem Netzgebiet liegen, in dem ein exorbitantes Redispatch- bzw. Einspeisemanagementvolumen zu erwarten wäre.

6. Transparenz

Es wird gefordert, die im Rahmen ihrer Berichtspflichten von den ÜNBs anzugebenden Informationen gegenüber der Regulierungsbehörde, die abgeschlossenen Verträge und die tatsächlich durchgeführten Abrufe öffentlich zugänglich zu machen. Es solle regelmäßig ein Bericht zum aktuellen Gesamtstand der kontrahierten Leistungen nach § 13 Abs. 6a EnWG veröffentlicht und ggf. entsprechende Maßnahmen für eine Öffnung des Ausschreibungsmechanismus für weitere Formen von zuschaltbaren Lasten wie z. B. Power-to-Gas eingeleitet werden.

Die Festlegung müsse sicherstellen, dass die BNetzA im Rahmen ihrer Quartalsberichte zu Netz- und Sicherheitsmaßnahmen über den aktuellen Gesamtstand der bisher kontrahierten Leistungen nach § 13 Abs. 6a EnWG sowie über die kumulierte Leistung der noch im Verhandlungsprozess befindlichen Anlagen berichte. Damit werde Transparenz hergestellt und das Verfahren des Monitorings der kontrahierten Leistungen nach § 13 Abs. 6a S. 7 EnWG geregelt, sodass die Bundesregierung unmittelbar einen Vorschlag für eine Rechtsverordnung nach § 13i Abs. 1 und 2 EnWG vorlegen und das Instrument für weitere Formen zuschaltbarer Lasten öffnen könne, sofern die installierte elektrische Leistung von kontrahierten KWK-Anlagen 2 GW unterschreite.

Die Beschlusskammer hat gemäß § 55 Abs. 1 S. 2 EnWG die zuständigen Landesregulierungsbehörden und das Bundeskartellamt über die Einleitung des Verfahrens informiert. Die Behörden konnten gemäß § 58 Abs. 1 S. 2 EnWG Stellung nehmen. Der Länderausschuss wurde gemäß § 60a EnWG unterrichtet.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Akten Bezug genommen. Die FSV'en und die Stellungnahmen sind auf der Internetseite der Bundesnetzagentur (<http://www.bundesnetzagentur.de>, unter den Menüpunkten „Beschlusskammern“ → „Beschlusskammer 8“ → „Aktuelles“ → „Stellungnahmen in dem Verfahren zur Feststellung einer wirksamen Verfahrensregulierung und zur Festlegung eines verbindlichen Systems zur Kontrahierung der Leistungen nach § 13 Abs. 6a EnWG (BK8-17/0009-A)“) veröffentlicht.

II. Rechtliche Würdigung

1. Formelle Rechtmäßigkeit

Die formellen Anforderungen an die Rechtmäßigkeit der Festlegung sind erfüllt. Die Beschlusskammer hat den Netzbetreiber angehört und die zuständigen Behörden beteiligt.

1.1. Zuständigkeit

Die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur für die vorliegende Festlegung ergibt sich aus § 54 Abs. 1, 1. HS EnWG, die der Beschlusskammer aus § 59 Abs. 1 S. 1 EnWG.

1.2. Ermächtigungsgrundlage

Die Festlegung beruht auf § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 4 ARegV. Danach kann die Regulierungsbehörde Festlegungen zu den Bereichen treffen, die nach § 11 Abs. 2 S. 2 bis 4 ARegV einer wirksamen Verfahrensregulierung unterliegen.

Die Regelung des § 11 Abs. 2 S. 2 ARegV sieht bei Stromversorgungsnetzen die Möglichkeit vor, Kosten als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten zu behandeln, soweit diese einer wirksamen Verfahrensregulierung unterliegen. Eine wirksame Verfahrensregulierung nach § 11 Abs. 2 S. 4 ARegV liegt vor, soweit eine umfassende Regulierung des betreffenden Bereichs durch vollziehbare Entscheidung der Regulierungsbehörden

oder freiwillige Selbstverpflichtungen der Netzbetreiber erfolgt ist und die Regulierungsbehörde dies nach § 32 Abs. 1 Nr. 4 ARegV festgelegt hat.

1.3. Anhörung

Die Entscheidung beruht auf den freiwilligen Selbstverpflichtungen der Übertragungsnetzbetreiber. Den Übertragungsnetzbetreibern und den Marktteilnehmern wurde gemäß § 67 EnWG Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

1.4. Beteiligung zuständiger Behörden

Das Bundeskartellamt und die nach Landesrecht zuständigen Behörden haben gemäß § 58 Abs. 1 S. 2 EnWG Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten. Der Länderausschuss wurde gemäß § 60a EnWG unterrichtet.

2. Materielle Rechtmäßigkeit

Die Voraussetzungen für den Erlass dieser Festlegung liegen vor. Die Beschlusskammer hat das ihr zustehende Ermessen ausgeübt. Die Festlegung zur wirksamen Verfahrensregulierung ist erforderlich und geboten.

2.1. Voraussetzungen für die Festlegung: Festlegungszweck

Nach § 32 Abs. 1 ARegV kann die Regulierungsbehörde Festlegungen im Rahmen der Anreizregulierung treffen, wenn sie der Verwirklichung eines effizienten Netzzugangs und der in § 1 Abs. 1 EnWG genannten Zwecke dienen.

Die vorliegende Festlegung einer wirksamen Verfahrensregulierung dient der Verwirklichung eines effizienten Netzzugangs gemäß § 32 Abs. 1 ARegV sowie §§ 20 - 21a EnWG, indem sie zuverlässige Rahmenbedingungen für die betroffenen Übertragungsnetzbetreiber hinsichtlich der sachgerechten Berücksichtigung von Kosten, die aus Maßnahmen nach § 13 Abs. 6a EnWG resultieren, schafft. Damit wird dem Ziel eines langfristig angelegten, leistungsfähigen und zuverlässigen Betriebs von Übertragungsnetzen Rechnung getragen. Ferner wird der Ansatz des § 21 Abs. 2 EnWG, Anreize für eine effiziente Leistungserbringung zu setzen, konsequent angewendet.

2.2. Verwirklichung der in § 1 Abs. 1 EnWG genannten Zwecke

Die Festlegung dient auch der Verwirklichung der in § 1 Abs. 1 EnWG genannten Zwecke einer möglichst sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten

und umweltverträglichen Versorgung der Allgemeinheit mit Strom. Bei der vorliegenden Festlegung stehen insbesondere die Ziele einer sicheren und effizienten Versorgung sowie die Sicherung eines langfristig angelegten leistungsfähigen und zuverlässigen Betriebs von Energieversorgungsnetzen gemäß § 1 Abs. 2 EnWG im Vordergrund.

Das Instrument der zuschaltbaren Lasten (sog. „Nutzen statt Abregeln“) wurde mit dem EEG 2016 (Gesetz vom 13.10.2016 - Bundesgesetzblatt Teil I 2016 Nr. 49 18.10.2016 S. 2258) eingeführt. Neben der Umstellung der Förderung auf Ausschreibungen wird mit dem EEG 2016 das Ziel verfolgt, den Ausbau der erneuerbaren Energien besser mit dem Ausbau der Stromnetze zu verzahnen. Wegen der bestehenden Engpässe im Übertragungsnetz werden derzeit vor allem in Norddeutschland in steigendem Umfang Windenergieanlagen abgeregelt. Volkswirtschaftlich ist es sinnvoller, diese Windstrommengen nicht abzuregeln, sondern zu nutzen. Daher wurde das Instrument zur Nutzung dieser Strommengen als zuschaltbare Lasten im Umfang von bis zu maximal 2 GW im Netzausbaubereich eingeführt. § 13 Abs. 6a EnWG sieht vor, zuschaltbare Lasten in das bestehende Redispatch-Regime bei Engpässen auf der Übertragungsnetzebene zu integrieren. Adressiert durch § 13 Abs. 6a EnWG wird aber nur die Wärmeversorgung bei bestehenden KWK-Anlagen. Ziel der Regelung ist es, die Menge an Strom aus erneuerbaren Energien, die aufgrund von Engpässen im Übertragungsnetz aktuell durch den verzögerten Ausbau des Übertragungsnetzes abgeregelt werden muss, zu verringern und die Entschädigungszahlungen nach § 15 EEG zu reduzieren (vgl. Gesetzentwurf, BT-Drs. 18/8860, S. 333). Die Nutzung von zuschaltbaren Lasten ist nur eine Übergangsmaßnahme und nicht auf Dauer angelegt (vgl. § 118 Abs. 6 EnWG). Danach ist § 13 Abs. 6a EnWG nach dem 31.12.2023 nicht mehr anzuwenden. Netzengpässe können dauerhaft nur durch den notwendigen Netzausbau beseitigt werden (BT-Drs. 18/9096, S. 362). Die Regelung verfolgt in einem Abwägungsprozess die Ziele einer möglichst sicheren, preisgünstigen und umweltverträglichen leitungsgebundenen Energieversorgung, auch indem sie zur Netzentlastung im Übertragungsnetz beiträgt. Ferner profitieren auch die Netznutzer und die übrigen Marktteilnehmer von den vorliegenden Beschaffungsmechanismen. Der transparente Beschaffungsmechanismus sorgt dafür, dass die Übertragungsnetzbetreiber gehalten sind, die Systemdienstleistung nach § 13 Abs. 6a EnWG im gesetzlichen Sinne effizient zu beschaffen, was im Ergebnis zu einem angemessenen Kostenansatz führt.

2.3. Festlegung ist erforderlich und geboten

Bei der Entscheidung, ob die Beschlusskammer von ihrem Aufgreifermessen Gebrauch macht, hat sie berücksichtigt, dass die Festlegung erforderlich und geboten ist, um den besonderen Umständen und Kosten der Übertragungsnetzbetreiber durch die Maßnahmen nach § 13 Abs. 6a EnWG Rechnung zu tragen.

Voraussetzung für den Abschluss einer vertraglichen Vereinbarung nach § 13 Abs. 6a EnWG ist, dass die betreffende KWK-Anlage technisch geeignet ist, effizient den Netzengpass auf der Übertragungsnetzebene zu beseitigen. Der Übertragungsnetzbetreiber muss somit bei der Auswahl der KWK-Anlagen, mit denen vertragliche Vereinbarungen geschlossen werden sollen, darauf achten, dass die KWK-Anlagen nach ihrer Größe und insbesondere ihrer Lage im Netz am effektivsten häufig auftretende Netzengpässe auf der Übertragungsnetzebene beseitigen können. Das Verhältnis der Kosten zur effizienten Engpassbeseitigung gilt es sachgerecht auszugestalten, um dem Instrument einen Anwendungsbereich zu eröffnen. Dies wird durch die vorliegenden freiwilligen Selbstverpflichtungen angemessen abgebildet.

Die Festlegung dient der Schaffung der notwendigen, verlässlichen Rahmenbedingungen und dient damit dem Ziel der Rechtssicherheit für Übertragungsnetzbetreiber sowie der Marktbeteiligten in Bezug auf die Ausgestaltung des Instruments sowie der Kostenanerkennung bei Maßnahmen nach § 13 Abs. 6a EnWG.

Ebenfalls notwendig ist die Befristung der Festlegung (s.u. 2.5. - 2.6.).

2.4. Ausgestaltung der freiwilligen Selbstverpflichtungen umfassend (Tenor zu Ziffer 1.)

Mit Tenor zu Ziffer 1.) wird die Feststellung getroffen, dass das Verfahren zum Umgang mit den Kosten für die Beschaffung von Leistungen nach § 13 Abs. 6a EnWG für Übertragungsnetzbetreiber entsprechend den in den Anlagen beigefügten freiwilligen Selbstverpflichtungen einer wirksamen Verfahrensregulierung unterliegt.

Die von den Übertragungsnetzbetreibern vorgelegte freiwillige Selbstverpflichtung zur Bestimmung der Erforderlichkeit und Höhe der Leistungen erfüllt die Anforderungen an eine wirksame Verfahrensregulierung. Sie regelt den Bereich der Kostenberücksichtigung im Hinblick auf Leistungen nach § 13 Abs. 6a EnWG in einer Art und Weise und so umfassend, dass dem Netzbetreiber in diesem Rahmen nur noch solche Möglichkeiten

einer eigenständigen Kostenbeeinflussung bleiben, die unter Betrachtung aller Umstände der Gesamtsituation als geringfügig bewertet werden können.

So stellen die freiwilligen Selbstverpflichtungen detaillierte Voraussetzungen für den Abschluss von Verträgen mit den KWK-Anlagenbetreibern auf. Derartige Anlagen müssen geeignet sein, kostengünstig und effizient zur Beseitigung des Netzenspasses im Höchstspannungsnetz einschließlich der zugehörigen Umspannung beizutragen. Diese Voraussetzungen werden in den freiwilligen Selbstverpflichtungen nach Auffassung der Beschlusskammer umfassend konkretisiert.

Die beteiligten ÜNB haben die Stellungnahmen ausgewertet und aufgrund der Einwendungen am 12./18./19.12.2017 eine ergänzte FSV abgegeben. Damit werden insbesondere folgende Punkte berücksichtigt:

- Durch die Implementierung des § 13 Abs. 6a EnWG sollen engpassentlastende Maßnahmen realisiert werden. Eine konkurrierende Nutzung - beispielsweise zur Deckung der Systembilanz - ist ausgeschlossen;
- Bei Umsetzung der Maßnahmen werden die gesetzlichen Vorgaben zur Kooperation nach Maßgabe von § 11 EnWG beachtet;
- Zu den erforderlichen Investitionskosten zählen auch die Kosten für den Netzanschluss der Power2Heat-Anlage sowie gegebenenfalls durch den Anlagenbetreiber gezahlte Baukostenzuschüsse;
- Entlastende Wirkung auf Netzenspässe in untergelagerten Netzen bleiben - wie bei der Bedarfsanalyse nach § 3 Abs. 2 NetzResV - bei dieser Effizienzprüfung unberücksichtigt.

Die weiteren Einwendungen wurden in der ergänzten FSV nicht berücksichtigt.

2.4.1. Zu I. 1. Ordnungsrahmen

Im Rahmen der FSV oder der entsprechenden Festlegung ist es nicht möglich dem Gesetz entgegenstehende Bestimmungen zu treffen. So ist etwa ausdrücklich geregelt, dass nur die ÜNB Verträge nach § 13 Abs. 6a S. 5 EnWG schließen dürfen. Überdies sind die Maßnahmen auf bestehende KWK-Anlagen mit Wärmeerzeugern beschränkt (§ 13 Abs. 6a S. 1, S. 7 EnWG). Es dürfen nur Anlagen berücksichtigt werden, die vor dem 01.01.2017 in Betrieb genommen worden sind (§ 13 Abs. 6a S. 1 Nr. 3 EnWG). Zudem ist lediglich ein Einsatz von Anlagen vorgesehen, die im Netzausbaubereich liegen (§ 13 Abs. 6a S. 1 Nr. 2 EnWG).

Die Voraussetzungen unter denen eine KWK-Anlage zur Kontrahierung in Betracht kommt, sind in § 13 Abs. 6a S. 1 und S. 3 EnWG detailliert beschrieben. Es handelt sich um eine abschließende gesetzliche Regelung. Eine Vorgabe zur Berücksichtigung der Emissionsintensität wurde nicht aufgenommen.

Es besteht weder eine gesetzliche Ermächtigungsgrundlage, die es der Beschlusskammer ermöglichen würde, einen Stichtag festzulegen, zu dem die angestrebten 2 GW Zuschaltleistung erreicht sein müssen, noch eine solche, mittels derer die ÜNB zur Veröffentlichung eines gemeinsamen Berichts über den Umfang der im Rahmen der Festlegung kontrahierten zuschaltbaren Lasten verpflichtet werden könnten.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die ÜNB Verträge mit KWK-Anlagen abschließen, die mit einem bereits vorhandenen elektrischen Wärmeerzeuger verbunden sind und/oder hinsichtlich KWK-Anlagen die gemäß dem EEG gefördert werden. In diesen Fällen ist allerdings kein gesetzlicher Anspruch auf Erstattung der Altinvestitionen in elektrische Wärmeerzeuger auf Grundlage des § 13 Abs. 6a EnWG vom ÜNB vorgesehen; vielmehr soll nach der Gesetzesbegründung ein Erstattungsanspruch ausdrücklich nur im Falle einer Anschaffung für diese gesetzliche Maßnahme bestehen (BT-Drs. 18/8860, S. 333).

2.4.2. Zu I. 2. Vergütung und Kostenerstattung

Die Maßgaben des vertraglich zu regelnden Vergütungs- und Kostenerstattungsanspruchs der Anlagenbetreiber sind für die Maßnahme Nutzen statt Abregeln gesetzlich in § 13 Abs. 6a S. 2 Nr. 2, Nr. 3 und S. 3 EnWG geregelt. Die beteiligten ÜNB haben in der FSV den Umgang mit den durch einen Abruf einer Anlage entstehenden Kosten und Erlöse sowie die Bestandteile der zu zahlenden Vergütung unter dieser Maßgabe konkretisiert.

In der FSV wurde auch klargestellt, dass die für die Einbindung der P2H-Anlage notwendigen, durch den Anlagenbetreiber gezahlten Netzanschlusskosten und Baukostenzuschüsse, zu den erforderlichen Investitionskosten zählen (FSV Abschnitt C.). Die Erstattungsfähigkeit der erforderlichen Investitionskosten ist auf Grund des § 13 Abs. 6a S. 2 Nr. 3 EnWG in der vertraglichen Vereinbarung der ÜNB mit den Anlagenbetreibern zu regeln.

Dadurch, dass die ÜNB in Abschnitt F. der FSV Ausführungen, zu den bei ihnen nach § 13 Abs. 6a S. 2 Nr. 2 und Nr. 3 EnWG entstehenden Kosten machen, erläutern sie zugleich Kostenpositionen, welche die Anlagenbetreiber erstattet bekommen. Darunter fallen die Kosten für die Lieferung der elektrischen Energie (§ 13 Abs. 6a S. 2 Nr. 2

EnWG) für die elektrische Wärmeerzeugung nach Maßgabe der Bestimmungen des § 13a Abs. 2 bis 4 EnWG einschließlich der damit verbundenen Kosten aus Steuern, Abgaben und Umlagen. Die Regelung zur bilanziellen Bereitstellung der zur Wärmeerzeugung notwendigen elektrischen Energie ist mit der gesetzlichen Regelung vereinbar. Sie kann dazu beitragen den Abwicklungsaufwand beider Vertragspartner gering zu halten. Bei den vertraglichen Vereinbarungen ist dem Willen des Gesetzgebers Rechnung zu tragen, dass der für die elektrische Wärmeerzeugung benötigte Strom aus dem Netz bezogen, also nicht von einem Anlagenbetreiber für seine eigene P2H-Anlage selbst erzeugt wird oder neue Netzengpässe bewirkt (vgl. BT-Drs. 18/8860, S. 334).

Nach § 13 Abs. 6a S. 2 Nr. 2 HS. 1 EnWG ist in den Verträgen auch eine angemessene Vergütung für die Reduzierung der Wirkleistungseinspeisung zu regeln. Nach der FSV (Abschnitt D) soll dies entsprechend § 13a Abs. 2 bis 4 EnWG erfolgen. Damit gilt insbesondere auch der sich aus § 13a Abs. 2 S. 1 EnWG ergebende Grundsatz, dass die Anlagenbetreiber finanziell so gestellt werden sollen als ob die Wirkleistungseinspeisung nicht reduziert worden wäre (vgl. BT-Drs. 18/8860, S. 334). Aufgrund der gesetzlichen Systematik ist aber auch vorgegeben, dass dem Anlagenbetreiber weitergehende, vom Gesetzgeber nicht zur Erstattung vorgesehene Kosten und solche die ihm auch ohne die Reduzierung seiner konventionellen Stromerzeugung entstanden wären, nicht erstattet werden können, §§ 13 Abs. 6a S. 2 Nr. 2 HS. 2 i.V.m. 13a Abs. 4 EnWG. Die Berücksichtigung von Betriebsbereitschaftsauslagen, Opportunitäten und etwaigen Diskrepanzen, hinsichtlich der Inanspruchnahme von Sondernetzentgelten und Netzentgelten für dezentrale Einspeisung ist daher nicht möglich.

Darüber hinausgehende Kosten- und Vergütungsfragen ohne unmittelbaren Zusammenhang zu der Maßnahme Nutzen statt Abregeln dürfen nicht Regelungsgegenstand der FSV sein.

Das in Abschnitt D. der FSV beschriebene Vorgehen hinsichtlich des Nachweises der erforderlichen Investitionskosten für die elektrische Wärmeerzeugung wird dem in § 1 Abs. 1 EnWG niedergelegten Ziel einer möglichst preisgünstigen und effizienten Energieversorgung gerecht.

2.4.3. Zu I. 3. Koordinierung der Maßnahme

Es besteht nach den §§ 11, 12 und 14 EnWG eine generelle gesetzliche Kooperationspflicht aller Netzbetreiber. Dies wurde in der FSV zur Klarstellung mitaufgenommen. Im Verhältnis zu § 14 EGG besteht eine gesetzliche Verpflichtung, in den Verträgen zu

regeln, dass es sich bei der Reduzierung der Wirkleistungseinspeisung und der Lieferung von elektrischer Energie, um eine im Rahmen des § 13 Abs. 1 Nr. 2 EnWG nachrangige Engpassmanagementmaßnahme handelt, § 13 Abs. 6a S. 2 Nr. 1 EnWG (vgl. auch BT-Drs. 18/8860, S. 333). Auch insoweit besteht eine gesetzliche Kooperationspflicht.

2.4.4. Zu I. 4. Art und Weise des Einsatzes der Anlagen

Hinsichtlich der Art und Weise des Einsatzes der kontrahierten P2H-Anlagen, haben die ÜNB in der FSV klargestellt, dass eine konkurrierende Nutzung - also auch anderweitige Vermarktung - der Anlagen etwa zur Deckung der Systembilanz ausgeschlossen ist. Notfallmaßnahmen nach § 13 Abs. 2 EnWG sind unter den dort beschriebenen Voraussetzungen weiterhin möglich.

Das Gesetz sieht als vertragliche Leistung eine Reduzierung der Wirkleistungseinspeisung vor (§ 13 Abs. 6a S. 1, S. 2 EnWG) und stellt nicht auf die Erzeugungsleistung ab (vgl. auch § 13 Abs. 6a S. 2 Nr. 2 EnWG). „Reduzierung“ der Wirkleistungseinspeisung bedeutet, dass die konventionelle Stromerzeugung in den Anlagen ganz oder teilweise abgeregelt werden kann (vgl. BT-Drs. 18/8860, S. 334). Es bleibt den Beteiligten unbenommen, weitere technische Rahmenbedingungen und die Modalitäten des Abrufes vertraglich zu regeln.

Die vertraglichen Vereinbarungen müssen nach § 13 Abs. 6a S. 4 EnWG mindestens für fünf Jahre abgeschlossen werden. Ob die Beteiligten eine längere Vertragslaufzeit vereinbaren, obliegt allein ihnen und ist nach der gesetzlichen Konzeption keine Bedingung für den Abschluss der Verträge.

2.4.5. Zu I. 5. Berücksichtigung von Einsparungen bei der Kostenbetrachtung

Die Maßnahme Nutzen statt Abregeln bezweckt nicht, einen Anreiz zum Neubau von Elektrokesseln zu geben. Die Effizienzsteigerung eines neuen Elektrokessels gegenüber dem Brennstoffeinsatz wird im Wesentlichen in der CO₂-Einsparung ausgedrückt. Dies ist auch in der FSV hinreichend berücksichtigt (Abschnitt C.).

Mögliche Einsparungen, die aus der Vermeidung der Abregelung von Erneuerbaren-Energie-Anlagen resultieren können, sind durch die - vertraglich zu regelnde - Erstattung der erforderlichen Kosten für die Investition für den elektrischen Wärmeerzeuger berücksichtigt (vgl. auch BT-Drs. 18/8860, S. 333). Dies ist in der FSV abgebildet.

2.4.6. Zu I. 6. Transparenz

Es ist ein großes Anliegen der Bundesnetzagentur alle Maßnahmen und Vorgänge im Sinne der Verbraucher transparent darzustellen. Da es keine gesetzliche Regelung für die Veröffentlichung von Angaben hinsichtlich der Maßnahme Nutzen statt Abregeln gibt, muss die Bundesnetzagentur vor jeder Veröffentlichung im Einzelfall sicherstellen, dass dies unter Wahrung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Beteiligten möglich ist. Hierbei hat die Bundesnetzagentur die gesetzlichen Vorgaben und Wertungen, insbesondere auch die §§ 6a Abs. 1 und 12 Abs. 5 Nr. 1 EnWG zu beachten.

Bezüglich der weiteren Einzelheiten und genauen Beschaffungsmodalitäten wird auf den Inhalt der anliegenden freiwilligen Selbstverpflichtungen Bezug genommen.

2.5. Befristung von Tenor Ziffer 1. (Feststellung der wirksamen Verfahrensregulierung) - Tenor Ziffer 3.

Das Instrument der zuschaltbaren Lasten ist gesetzlich durch § 118 Abs. 22 EnWG bis zum 31.12.2023 befristet. Daher können auch nur Verträge für zuschaltbare Lasten im Geltungszeitraum der Vorschrift abgeschlossen werden. Somit gelten die in den freiwilligen Selbstverpflichtungen dargelegten Vorgaben zum Verfahren der Beschaffung bis zum Ende der zweiten Regulierungsperiode. Die Festlegung gilt ab dem Zeitpunkt ihres Erlasses.

2.6. Befristung von Tenor Ziffer 2. (Geltung als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten) – Tenor Ziffer 4.

Tenor Ziffer 2. regelt unmittelbar die aus der wirksamen Verfahrensregulierung folgende regulatorische Behandlung der aufgrund der Vorgaben der freiwilligen Selbstverpflichtungen entstehenden Kosten, während Tenor Ziffer 4. diese Regelung bis zum 31.12.2028 befristet.

Die nach Maßgabe dieser freiwilligen Selbstverpflichtungen zur Beschaffung ermittelten Kosten für Maßnahmen nach § 13 Abs. 6a EnWG gelten ab Erlass dieser Festlegung als dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile i.S.d. § 11 Abs. 2 S. 2 und 4 ARegV. Eine Festlegung nach § 32 Abs. 1 Nr. 4 ARegV erfolgt „für die Dauer der gesamten Regulierungsperiode“. Damit soll vermieden werden, dass im Verlauf einer Regulierungsperiode Unklarheiten entstehen, ob für bestimmte Bereiche eine wirksame Verfahrensregulierung anzunehmen ist (BR-Drs. 417/07, S. 52). Derartige Unklarheiten sind

vorliegend nicht zu befürchten, so dass der Beginn des Geltungszeitraums während der zweiten Regulierungsperiode zulässig ist.

Darüber hinaus ist es erforderlich, die Geltung der betreffenden Kosten als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten auch für die beiden folgenden Regulierungsperioden festzulegen. Dies trägt dem Umstand Rechnung, dass Kosten aufgrund der nach § 13 Abs. 6a EnWG abzuschließenden Verträge den Übertragungsnetzbetreibern über die Laufzeit von fünf Jahren entstehen können (§ 13 Abs. 6a Satz 4 i.V.m. § 118 Abs. 22 S. 2 EnWG). Bereits die ersten nun abzuschließenden Verträge reichen zwingend in die dritte Regulierungsperiode hinein; die Folgen der während der dritten Regulierungsperiode abzuschließenden Verträge wiederum reichen bis in die vierte Regulierungsperiode ab dem Jahr 2024. Daher besteht zur Schaffung von Rechtssicherheit aller Marktbeteiligten das Bedürfnis, die Festlegung auch für die gesamte folgende Regulierungsperiode (2019 bis 2023) sowie die übernächste Regulierungsperiode (2024 bis 2028) zu erlassen. Nur durch eine derartige Reichweite kann ein stabiles System für Investitionen in Wärmeerzeugungsanlagen implementiert werden.

3. Anlagenverweis

Die beigefügten **Anlagen (Freiwillige Selbstverpflichtungen)** sind Bestandteil dieses Beschlusses.

4. Öffentliche Bekanntmachung

Da die Festlegung gegenüber einer Vielzahl betroffener Übertragungsnetzbetreiber und Marktteilnehmer erfolgt, nimmt die Beschlusskammer, in Ausübung des ihr nach § 73 Abs.1a S. 1 EnWG zustehenden Ermessens, eine öffentliche Bekanntmachung der Entscheidung vor. Die öffentliche Bekanntmachung wird dadurch bewirkt, dass der verfügende Teil der Entscheidung, die Rechtsbehelfsbelehrung und ein Hinweis auf die Veröffentlichung der vollständigen Entscheidung auf der Internetseite der Bundesnetzagentur und im Amtsblatt der Bundesnetzagentur bekannt gemacht werden (§ 73 Abs.1a S. 2 EnWG). Die Entscheidung gilt gemäß § 73 Abs.1a S. 3 EnWG mit dem Tage als zugestellt, an dem seit dem Tag der Bekanntmachung im Amtsblatt der Bundesnetzagentur zwei Wochen verstrichen sind.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann binnen einer Frist von einem Monat nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist schriftlich bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Vorsitzender


Bourwieg

Beisitzer


Wetzl

Beisitzer


Petermann